

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Ver kündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit“ Zuschußkasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Bezugspreis für das Vierteljahr M. 6 (ohne Bestell-
geld), bei Zusendung unter Kreuzband M. 8

Herausgegeben vom
Deutschen Bauarbeiterverbande
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr.
Ver eins-Anzeigen werden mit 5 M. für die drei-
gespaltene Zeile oder deren Raum berechnet

Rückblick und Ausblick.

Am Beginn dieses Jahres ist unser Verband in sein dieses Lebensjahr eingetreten. Somit hatte er 10 Jahre seines Bestehens hinter sich. Da genügt es sich wohl, ein wenig Rückblick zu halten. Lassen wir nun diese 10 Jahre noch einmal vor unserm geistigen Auge vorbeiziehen, so untercheiden wir deutlich 3 hervortretende Abschnitte. Ähnlich wie im Wirtschaftsleben war es auch im Gewerkschaftsleben der letzten Jahre. Der erste Abschnitt reicht bis zum August 1914, jenem Monat, wo mit dem Ultimatum Oesterreichs an Serbien die brennende Stunde ins europäische Pulverfaß geworfen wurde. Alles washerhaft produktive Wirtschaftsleben hörte auf. Ein Zeitabschnitt hatte seinen Abschluß gefunden; und noch ein langer Weg wird bis dahin sein, wo wir wieder in geordnete Verhältnisse hineinkommen werden. Der zweite Abschnitt umfaßt die Kriegszeit und der dritte ist die Zeit des gewerkschaftlichen Wiederaufbaus.

Mit 239 000 Mitgliedern ist der Deutsche Bauarbeiterverband gegründet worden. Schon im nächsten Jahre hatte er diese Zahl um 50 938 gesteigert, so daß wir 290 136 im Mitgliederdurchschnitt hatten. An Wochenbeiträgen wurden 4623 053 M. vereinnahmt, auf das einzelne Mitglied entfielen 22,83 M. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 12 833 216 M., worin aber die Verbandseinnahmen des Maurer- und des Baugewerksverbandes miteingerechnet waren. Die Gesamtausgabe belief sich auf 3 729 907 M. Der größte Ausgabe-posten ist die Krankenunterstützung mit 162 195 M. Dann kommt die Streikunterstützung. Sie beträgt 436 194 M. Es sei daran erinnert, daß vorher, im Jahre 1910, der große Kampf im Baugewerbe im wochenlangen schweren Ringen mit dem Siege der in den Zentralverbänden organisierten Bauarbeiter beendet wurde. Neben dem materiellen Sieg haben damals die Bauarbeiter einen moralischen Sieg errungen, der von nicht zu unterschätzender Bedeutung gewesen ist und der sich bis in die heutige Zeit hinein erhalten hat. Schon allein durch die Macht der Organisation wurden und sind auch im letzten Jahre ohne Arbeits-einstellung Erfolge erzielt worden, die sogar die Erfolge der Streikbewegungen überstiegen. Das ist an sich schon eine Machtfeststellung, die sich die Gewerkschaften nicht entziehen lassen werden. Der Streik wird immer ihre schärfste Waffe bleiben, aber eingedammt des zweischneidigen Charakters auch das letzte Mittel sein. Dafür wird diese Waffe, da sie nur in wirklich notwendigen Fällen und nur da, wo sie auch Erfolg verspricht, angewendet wird, immer blau und scharf bleiben. Ueber den Streik erteile der alte Liebknecht in der Nr. 89 des „Volksstaat“ vom 6. November 1872: „Der Klassenkampf in Form eines ernsthaften Streiks ist für den Arbeiter weit härter, erfordert weit größere Opfer von ihm als der Klassenkampf in Form einer Straßenjagd. Auf die Barrikade geht der Arbeiter allein, in den Streik mit der Familie. Dort steht er nur das eigene Leben, die eigenen Knochen ein; hier das Leben von Frau und Kind.“

Auch im Jahre 1912 hielt das Wachstum der Mitgliedschaft an, wobei allerdings der Anstoß des Zentralverbandes der Stuckateure mit seinen 10 256 Mitgliedern zu erwähnen ist. In diesem Jahre hatten wir eine Mitgliederzahl von 339 461 und damit den Höchststand erreicht. Die Wochenbeitrags-einnahme belief sich auf 7 644 759 M., gegenüber dem vorausgegangenen Jahre rund 1 Million Mark mehr. Für Streik-, Ausperrungs- und Genossenschaftsunterstützung zahlte der Verband 635 487 M., für Krankenunterstützung 750 253 M. 1913 trat in der Mitgliederzahl ein Rückgang von rund 9000 Mitgliedern ein. In diesem Jahre betrug die Gesamteinnahme 8 868 964 M. Davon sind an Wochenbeiträgen 7 261 610 M. eingenommen worden, also 383 599 M. weniger als im vorausgegangenen Jahre. Für Unter-
stützungszwecke wurden weit über 2 Millionen Mark ausgegeben, davon für Streiks 1 047 211 M. und für Krankenunterstützung 1 025 840 M. Wie man sieht, war nun die Ausgabe für Streikunterstützung bedeutend angestiegen, unter den einzelnen Unterstützungsarten stand sie wieder an erster Stelle. Ein Beweis dafür, daß die Gewerkschaften, wenn es das Interesse der Arbeiter erfordert, auch zur schärfsten Waffe greifen. Im Jahre 1913 waren die noch der Ausperrung im Jahre 1910 abgebrochenen Verträge abzukaufen. Die zentrale Bewegung endete schließlich mit dem Abschluß eines Vertragsmusters. Bei den hierauf folgenden örtlichen Tarifabschlüssen mußte dann noch etwas nachgeholfen werden. Immerhin war das Verbandsvermögen in den ersten drei Jahren von 10,5 Millionen auf 18,3 Mil-

lionen Mark angewachsen. Auf ein Mitglied entfiel ein Vermögensanteil von 56,61 M. In der Gesamteinnahme war das einzelne Mitglied mit 27,15 M. beteiligt. So trat dann der Verband in sein viertes Lebensjahr ein; doch schon in der zweiten Hälfte des Jahres wurde jeder gewerkschaftlichen Tätigkeit durch den Kriegsausbruch Einhalt geboten. In den ersten 6 Monaten waren für Streiks und Ausperrungen 400 000 M. verausgabt worden. Im gleichen Jahre war die Arbeitslosenunterstützung eingeführt worden; hierfür wurde im ersten Halbjahre 583 899 M. ausgegeben. Für das deutsche Volk war für alle anderen Völker begann nun ein neuer, leider nicht schöner, Zeitabschnitt. Vorfriedig so war's im gewerkschaftlichen Leben; auch hier der Beginn eines neuen Zeitabschnitts.

Der Krieg stellte die Gewerkschaften vor ganz neue, gewaltige Aufgaben. Zunächst galt es, dafür zu sorgen, das gewaltige Heer der Arbeitslosen sowie die Tausenden der Familien der eingezogenen Gewerkschaftsmitglieder vor der größten Not zu bewahren. Denn trotz der wiederholten Forderung der General-kommission, eine Milliarde für Arbeit bereitzustellen, geschah soviel wie nichts. Unser Verband begegnete diesem Uebelstand zunächst damit, daß die Gewerkschaften Unterstützung leistete. In ihre Stelle trat die erweiterte Notstandsunterstützung, die an alle verheirateten Kollegen, auch an die Ausgefuehrten, gezahlt wurde. Ferner wurde in einer Konferenz des Verbandsvorstandes, des Verbandsauschusses und der Bezirksleiter beschlossen, den Familien der eingezogenen Kollegen Unterstützungsgelder zu zahlen. Einschließlich dieser Gelder wurden im ersten Jahre 3,5 Millionen Mark Notstandsunterstützung gezahlt. Die Gesamtausgabe belief sich auf 8 504 224 M., der eine Einnahme von 8 027 565 M. gegenübersteht.

Die eigentliche Aufgabe der Gewerkschaften, die Hebung der Lebenslage der Arbeiterschaft, trat infolge der Ausperrung Deutschlands vom Weltwirtschaftsmarkt in den Hintergrund. Der sich immer mehr bemerkbar machende Warenmangel hatte ein dauerndes Ansteigen der Preise zur Folge. Diese sind für die Arbeiterschaft selbstverständlich am drückendsten. Doch war diese Lage mit gewerkschaftlichen Mitteln nicht ausgleichbar. Wir haben hier die Verpflichtung dafür, daß es auch der bestorganisierten Arbeiterschaft nur in einem blühenden Wirtschaftsleben möglich ist, seine Lage auf eine möglichst hohe Stufe zu bringen. Da es also in einer Zeit wirtschaftlichen Niederganges schon nicht möglich ist, die materielle Lage des verfallenden Volkes zu halten, geschweige zu verbessern, so ist andererseits aber mit allen Mitteln gearbeitet worden, um die Organisationen den im Felde stehenden Gewerkschaftsgenossen nach ihrer Rückkehr in die Heimat kampffähig zu machen. Wie sie diese verlassen haben, wieder zurückzugeben. Der Geist der Zusammengehörigkeit mußte über den Krieg, diesen Vernichter aller geistigen Güter, hinaus erhalten werden. Wenn schon wegen der immer schärfer anziehenden Wunde der wirtschaftliche Notstand nicht zu verhindern war, so wurde es wenigstens verhindert, daß der geistige und moralische Abstieg sich in gleicher Tiefe vollzog. So hat auch unser Verband es versucht, mit allen Mitgliedern in Verbindung zu bleiben. Er hat außerdem sich der zurückgebliebenen Familien angenommen, ihnen durch die Familienunterstützung ein großartiges Vorbild praktischer Arbeiter-solidarität gegeben. Allein für die Unterstützung der Familien unserer im Felde stehenden Kollegen wurden insgesamt 5 813 556 M. ausgegeben. Für Notstandsunterstützung wurden einschließ-
lich Familienunterstützung rund 9,5 Millionen Mark während des Krieges verausgabt. Daneben laufen noch die Summen der anderen Unterstützungsarten. So wurden 1916 über 400 000 M. Krankenunterstützung, 1917 rund 450 000 M. und 1918 rund 3/4 Million Mark gezahlt.

Der Abschluß des Krieges brachte den Gewerkschaften wieder eine Fülle neuer Aufgaben. Galt es doch, in dem völlig zusammengebrochenen Wirtschaftsleben zunächst den am schwersten hierunter Leidenden, eben dem arbeitenden Volke, ein Führer und Ratgeber zu sein. Es galt, wenn schon alle anderen Nachpostitionen der Arbeiterschaft schwer erschüttert aus dem Weltkrieg herausgenommen waren, die gewerkschaftliche Einheit zu erhalten. Denn das ist die Voraussetzung für erfolgreiche Arbeit. Während sich auf politischem Gebiet die Klassen-genossen auf heftigste beschieden, entstand draußen im wirklichen Leben ein Arbeitslosenheer von vorher nie gekannter Größe. Täglich lehrten Tausende aus dem Kriegsdienst zurück; immer angstvoller wurde die Lage des deutschen Volkes, das vor sich nur einen

wirtschaftlichen Trümmerhaufen hatte. Da mußte zuerst die allergrößte Not nach Möglichkeit gemindert werden. Und diese war besonders groß unter uns Bauarbeitern. Bei den Stempelstellen wurde die Kette wochenlang überhaupt nicht länger.

Hand in Hand mit dieser Rückwirkung des Krieges ging die Entwertung des Geldes. Die Preise erkletterten für die einfachsten Waren eine geradezu schwindelnde Höhe. Kaufkraft und Lohn entfernten sich immer mehr voneinander, weil die Löhne nicht so schnell höher kamen wie die Preise. Besonders im Baugewerbe war dies der Fall. In Vor-kriegszeiten marschierten wir mit unsern Löhnen an der Spitze, vor 2 Jahren waren wir fast die Niedrigst-entlohnerten. Und wir waren dagegen machtlos, weil keine Bautätigkeit war. Es galt also, durch unsere Verbände auf die Hebung der Bautätigkeit hinzuwirken. Bis dahin mußte aber für die arbeitslosen Bauarbeiter gesorgt werden. Wieder wurde die Solidariät nach besten Kräften getätigt. Rund 5 Millionen Mark wurden 1919 an arbeits-
lose Kollegen ausgegahlt. Dazu über 1,7 Millionen Mark Krankenunterstützung. Für Streiks wurden in diesem Jahre 2,8 Millionen Mark verausgabt.

Eine wesentliche Rolle spielten für uns Bauarbeiter die „Notstandsarbeiten“ im Tiefbaugewerbe. Hier zeigte sich immer mehr das Bestreben der Unternehmer, nicht die Tarif-löhne für Tiefbauarbeiter zu zahlen. Unsere Organisation hat hier immer sofort eingegriffen und auch immer dort ihr Ziel erreicht, wo die Kollegen hinter ihr standen.

Trotz mehrfacher Eingaben an die Regierungen vertiefte auch das letzte Berichtsjahr ohne eine großzügige Bautätigkeit. Auch in diesem Jahre mußten gewaltige Summen für Unterstützungen gezahlt werden. An die Arbeitslosen wurden 4,7 Millionen Mark ausgegahlt. Die Krankenunterstützung erforderte den Betrag von 1,7 Millionen Mark. Für Sterbefallunterstützung wurden 325 000 M. verausgabt.

Das Jahr 1920 war ein Jahr dauernder Lohnbewegungen. Wieder zeigte sich die Macht der Organisation. In zahllosen Unterhandlungen mit dem Unternehmensrat wurden allein an Lohnerhöhungen Summen“ herausgeholt, die hoch in die Millionen gehen. Dort, wo die Unternehmer sich hartnäckig zeigten, wurde mit Streiks nachgeholfen, wenn die Geschäfts-lage uns nicht von vornherein den Widerpol angeigte. Im letzten Jahre wurden 11,2 Millionen Mark für Streiks verausgabt. Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache; sie sagen uns vor allen Dingen, daß es unmaß-
stabig ist, wenn von gewisser Seite immer behauptet wird, „die Gewerkschaften haben ihren Kampfscharakter verloren“. Schon ein verhältnismäßiger Vergleich mit den in der Vorkriegs-zeit gezahlten Streikgeldern beweist die Haltlosigkeit solcher Behauptungen. Auch im letzten Jahre sind die Erfolge der Lohnbewegungen ohne Arbeits-einstellung bedeutend größer, auch dann, wenn wir jede örtliche Lohnbewegung für sich allein betrachten. Darin zeigt sich ja gerade die Macht einer Organisation, daß es ihr gelingt, ohne den Arbeiter in die — nach Liebknecht — schärfste Form des Klassenkampfes zu führen, für ihn Vorteile zu erreichen. Wir sind uns alle wohl bewußt, daß eine wesentliche absolute Verbesserung nicht eingetreten ist. Aber es ist erreicht, dem Niedergang Einhalt zu gebieten. Wir dürfen sagen, daß für uns Bauarbeiter ein langsamer Aufstieg zu bemerken ist. Vor 2 Jahren gehörten wir zu den niedrigst entlohnerten Arbeitergruppen. Heute mar-
schieren wir wieder mit an der Spitze! Das danken wir unserm Zusammenfluß und unserer Einheit, die wir in schwerem, innerem Kampfe uns erhalten haben und auch fernerhin erhalten müssen, wenn wir nicht wollen, auch auf wirtschaftlichem Gebiete mehr zurück als vorwärts zu kommen.

Die außerordentliche Geldentwertung zwingt uns, eine entsprechende Erhöhung aller Arten Unterstützungs-gelder einzu-führen. Unser Verband hat dies inzwischen schon getan. Die unterstützungsbedürftigen Mitglieder erhalten bei ent-sprechender Mitgliedschaftsdauer beispielsweise eine Erwerbs-lostenunterstützung, die staatliche Unterstützung übertrifft. Der Ausbau auch dieser Unterstützungsarten ist ein un-
bedingtes Gebot unserer Zeit. Die Unterstützung der Erwerbs-losten gehört mit zu den Mitteln des proletarischen Klassen-kampfes. Dadurch wird der Rückfall in das allerletzte Elend verhindert werden. Im ganzen betrachtet ist dies auch erreicht worden. Es hat vor allen Dingen das Zusammen-gehörigkeitsgefühl außerordentlich gefördert. Dadurch war es den Gewerkschaften möglich, verhältnismäßig leicht an die

Arbeiter heranzuführen, sie zu schulen und in ihnen Verständnis für gewerkschaftliche Arbeit zu wecken. Unterstützungseinrichtungen schützten den Arbeiter in gewissen Notfällen des Lebens, verringerten die Größe seiner Not, und — was für die Gewerkschaften das Wichtigste ist — sehen ihn weniger der Gefahr aus, in die alte Gleichgültigkeit zurückzufallen. Dadurch bleibt er der Organisation erhalten. In den letzten Jahren ist von gewisser Seite immer versucht worden, die in größter Not Lebenden vor ihren Parteifarren zu spannen. Auch sind die niedrigsten Schichten des Proletariats immer wieder aufgerufen worden, sich an die Spitze der Arbeiterbewegung zu stellen. Wenn dies nicht aus Demagogie geschähe, so war es Dummheit. Denn noch niemals sind die in den Tiefen des Lebens wohnenden Proletarier, sondern die gehobenen Schichten die Vorkämpfer gewesen.

Bei der geringen Kaufkraft des Geldes ist es bedauerlich, daß der Arbeiter während eines Streiks keine staatliche Unterstützung bekommt. Er und seine Familie müssen also aus Verbandsmitteln erhalten werden. Eine Verbrieflichung müßte unser Verbandsvermögen erforschen. Wir müssen, wenn wir uns kampffähig erhalten wollen, wenn wir alle uns gestellten Aufgaben erfüllen wollen, für eine dauernde Erhöhung des Verbandseinkommens Sorge tragen. Verbandsvorstand und Beirat haben deshalb vor einiger Zeit, entsprechend dem ihm zustehenden statutarischen Rechte, die Erhöhung des Beitrages für eine bestimmte Zeit beschlossen. Ob dieser Beitrag auch über diese Zeit hinaus gesaßt werden soll, darüber sollen wir Mitglieder selbst entscheiden. Diese Entscheidung wird uns um so leichter sein, wenn wir uns folgende Zahlen vor Augen halten, die die Tätigkeit unseres Verbandes von innen heraus beleuchten.

Die höchste Gesamteinnahme vor dem Kriege brachte nach dem Gründungsjahr das Jahr 1912 mit 9 464 741 M., je Mitglied 28,20 M. Hierzu gingen an Wochenbeiträgen 7 644 759 M., je Mitglied 22,78 M., ein. Im letzten Jahre hatten wir selbstverständlich die höchste Gesamteinnahme überhaupt. An Wochenbeiträgen gingen ein 35 115 091 M., oder, auf den Kopf der Mitgliedschaft berechnet, 74,59 M. Die Gesamteinnahme betrug sich auf 54 810 992 M., je Mitglied 114,87 M. Die Einnahme hat sich, auf das einzelne Mitglied berechnet, nur verdreifacht bis vervierfacht. Die höchste Ausgabe der Vorzeitszeit ist im Jahre 1913 gemacht worden. Insgesamt betrug sie 6 111 587 M., auf das Mitglied berechnet, 18,71 M. Gezahlt wurden unter anderem an Streikunterstützung 1 047 211 M., je Mitglied 3,22 M.; Krankenunterstützung 1 025 840 M., auf das Mitglied entfallen 3,14 M.; Die Schulausgabe der Nachkriegszeit beträgt 39 842 548 M.; je Mitglied 84,04 M. Es entfallen auf Streikunterstützung 11 211 952 M., je Mitglied 28,70 M., und für Kranken- und Erwerbslosenunterstützung wurden ausgegeben 6 410 417 M., auf ein Mitglied 18,62 M. Die Gesamtausgabe ist mehr als dreierfach worden. Für Streiks ist in reiner Summe das Giffache verausgabt worden, auf das einzelne Mitglied mehr als das Siebenfache; nimmt man das Jahr 1912 zum Vergleich, dann sogar das Zwanzigfache. Bei der Kranken- und Erwerbslosenunterstützung haben wir eine gute Verbrieflichung. Bei dem Verbandsvermögen, unserem Kampffonds! würde das Ergebnis noch ungünstiger sein. Was sagen uns nun diese Zahlen? Sie sagen uns zunächst, daß die Ausgabe des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Mitglied der „gelben Arbeiterinternationale“, allein für Streik sich vergewagt hat bei nur dreierfacher Einnahme. Fürwahr, eine Organisationsarbeit, die sich sehen lassen kann!

Was erfordert die Zeit? Angesichts der ungeheuren Rüstungen des Kapitals, angesichts der gewaltigen Zusammenfassung aller Unternehmerrorganisationen und ihrer Betriebe und — nicht zuletzt! — angesichts unseres im nächsten Jahre ablaufenden Reichstages, heißt es: Gerüstet sein! Und deshalb, Kollegen: Einem Stundenlohn wöchentlich unserer Organisation!

Haupttarifamt.

Die gemeinsame Sitzung der Haupttarifämter für das Holz- und Tiefbaugewerbe, die für den 12. Juli einberufen war, sollte der endgültigen Regelung der Ferienfrage dienen. Der Widerstand, der der Erledigung dieser Angelegenheit von der Unternehmenseite entgegengekehrt worden ist, ist unsern Mitgliedern aus den Berichten über frühere Sitzungen des Haupttarifamtes bekannt, und erst die Nr. 27 des „Grundstein“ vom 2. Juli 1921 enthält in den abgedruckten Erklärungen der Unternehmer alle deren Gründe, mit denen sie die Regelung bisher verhindert haben und weiter zu verhindern suchen.

Nach den Vorgängen, wie sie sich auf der gemeinsamen Sitzung der Haupttarifämter am 18. Juni abgepielt haben, glaubten die Vertreter der Tarifverbände zum Ausdruck bringen zu müssen, daß sie Entscheidungen des Haupttarifamtes nicht mehr entgegennehmen, solange die Ferienfrage ungelöst ist. Dies mußte dem Reichsverband für das Tiefbaugewerbe gesagt werden, der, wie ihm durch das Protokoll der Verhandlungen vom 19. Mai 1920 über den Abschluß des Tarifvertrages nachgewiesen werden kann, bei seinem Widerstand sich nicht auf einen Tipp- oder Druckfehler, der bei der Niederschrift des Tarifvertrages oder bei der Drucklegung entstanden und (sowohl nach beiden Seiten) unbeachtet geblieben ist, berufen kann. Die Vertreter der Organisationen haben angenommen, daß die Generalversammlung des Reichsverbandes für das Tiefbaugewerbe, die inzwischen in Weimar getagt hat, diesen Standpunkt verläßt würde. Aber, wie die Sitzung am 12. Juli ergeben hat, ist das nicht der Fall. Man

Fritz Schrader *

Raum ist ein halbes Jahr seit dem Hinscheiden August Brinmanns vergangen und schon wieder trauert der Zimmererverband und mit ihm die gesamte organisierte Bauarbeiterchaft um den Verlust eines ihrer ersten und ältesten Führer. Am 15. Juli hat der Tod Fritz Schrader im 64. Lebensjahre von einem schweren Kranksein erlöst. Seit 1890 war unser verstorbener Freund Vorsitzender des Zimmererverbandes. Unter seiner Leitung ist der Verband groß und stark geworden. Wie um seinen Verband, so hat er sich auch große Verdienste um die internationale Zimmererbewegung erworben. Seit 1903 war er deren Sekretär. Auf allen deutschen Gewerkschaftskongressen und auch auf internationalen Kongressen hat er die Zimmerer vertreten. Er gehörte dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat seit dessen Bestehen an, ebenso war er Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, der gesetzgebenden Versammlung Hamburgs.

Wer Gelegenheit hatte, Fritz Schrader persönlich kennen zu lernen, unser Verbandsvorstand kam namentlich bei den zentralen Tarifverhandlungen viel mit ihm zusammen, der mußte ihn lieb gewinnen wegen seiner ruhigen, sachlichen Art, die auch in der abweichenden Meinung anderer die gute Absicht zu schätzen wußte. Sein Tod ist nicht nur für die Zimmererbewegung ein schwerer Verlust, er trifft die Bauarbeiterbewegung wie die gesamte Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Mit ihm ist ein treuer, schaffender Freund und Genosse dahingegangen. Einer der Ältesten, wert den Jungen als leuchtendes Vorbild zu dienen.

erhebt nach wie vor den Einwand, daß für den Tiefbau das Haupttarifamt keine Entscheidung fällen kann. Und der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe folgert daraus, daß er in der Ferienfrage nicht anders behandelt werden darf als der Reichsverband für das Tiefbaugewerbe. Und auf diese Weise kommen die deutschen Bauarbeiter um ihre Ferien. Das ist der Zweck der Liebung, den man meint mit Erfolg fortsetzen zu können bis zum Ablauf der Beiträge am 31. März 1922.

Die Sitzung am 12. Juli führte unter solchen Umständen wiederum zu keinem Ergebnis, sondern endete mit einem Einigungsantrag der Unparteiischen folgenden Inhalts:

Vorläufige Regelung der Ferien für das Holz-, Beton- und Tiefbaugewerbe für das Jahr 1921.

1. Anspruch auf 4 Werttage Ferien (Urlaubung) unter Fortzahlung des Tariflohnes) hat, wer im Holz-, Beton- oder Tiefbaugewerbe bis 30. September mindestens 30 Wochen in demselben Geschäft gearbeitet hat.
2. Die Ferienzeit ist auf Verlangen des Arbeitnehmers auf höchstens das Doppelte zu verlängern, aber ohne Anspruch auf Bezahlung der übergehenden Tage.
3. Die Ferien sollen in die Zeit vom 15. Juli bis 31. Oktober fallen.
4. Die Ausübung von Arbeiten in den Ferientagen gegen Entgelt berechtigt zur sofortigen Entlassung und hat die Wertwirkung des gesamten Ferienentgeltes zur Folge.
5. Die Regelung im Einzelfalle erfolgt durch den Arbeitgeber nach Anhörung der Arbeitnehmervertretung.
6. In Streitfällen über die Urlaubsberechtigung entscheiden die örtlichen Tarifinstanzen.
7. Die Organisationen der Arbeitnehmer verpflichten sich, diese Bestimmungen auch bei den sozialisierten Baubetrieben durchzuführen.

Schloß der Vorlage sehr weit hinter den Wünschen der Arbeiter zurückbleibt, haben die Arbeitgebervertreter dafür gestimmt, weil es sich um eine Regelung für 1921 handelt und damit wenigstens der Anfang in der Ferienfrage im Baugewerbe gemacht ist. Die Unternehmer haben auch diesen Vorstoß abgelehnt und ihn mit einer Erklärung nachstehenden Wortlauts beantwortet:

Die Arbeitgeber erklären auf den Einigungsantrag folgendes:

1. Obgleich die Unparteiischen mehrere Stunden mit den Arbeitgebervertretern verhandelt und Vorschläge zur Änderung des ursprünglichen Vorschlages der Unparteiischen entgegengenommen und die Begründungen der Arbeitgeber fast durchgehend anerkannt haben, berücksichtigt der Einigungsantrag keine wesentliche Forderung der Arbeitgeber.
2. Die Arbeitgeber vertreten sich entschieden dagegen, daß sie keinen gangbaren Weg aufgezeigt hätten, der es gestattet, die unorganisierten Unternehmer einer Ferienordnung zu unterwerfen. Die diesbezügliche Bemerkung des Verhandlungsleiters ist nicht zureichend und wird zurückgewiesen.

3. Die Arbeitgebervertreter erklären sich bereit, den Einigungsantrag ihren Verbandsorganen zu unterbreiten.

Ueber diese Erklärung kam es zu Auseinandersetzungen, die nicht gerade erfreulicher Natur waren, so daß der unparteiische Vorsitzende wiederholt genötigt war, die Ausführungen von Unternehmenseite als ungehörig zurückzuweisen. Ueber die Erklärungsfrist konnte erst am 18. Juli eine Feststellung erfolgen. Sie endet am 4. August 1921. Am 5. August findet erneut eine Sitzung der beiden Haupttarifämter statt, in der der Antrag der Arbeitnehmer auf Regelung der Ferienfrage auf der Tagesordnung steht, wenn der Einigungsantrag inzwischen nicht angenommen wird. Weitere Anträge wurden nicht verhandelt, da die Arbeitgebervertreter nicht willens sind, von ihrem Standpunkt abzugehen.

Sie lügen auf Befehl.

Nämlich die Anhänger der Moskauer Bolschewistenfraktion, so veröffentlichen sie in den letzten Tagen in ihren Zeitungen nachstehende Zitierte:

Rapaport's gelehrige Schüler.

Guerpettege gegen die Kommunisten.

Wie weit sich die Gewerkschaftsbureaucraten in ihrem Haß gegen die Kommunisten verstecken haben, zeigt ihr Verhalten bei den Verhandlungen des Lohnamtes für das Baugewerbe in Sachsen am 23. Juni in Leipzig. Bei den Verhandlungen, wo die Lohnfrage der Hausarbeiter Sächsens schließlich und friedlich geregelt werden sollte, kam es zu einem Zwischenfall, der so richtig die Borniertheit der Kautskianer beleuchtete.

Bekanntlich sind die Chemnitzer Bauarbeiter von den Unternehmern ausgepörrt und hatten zu den Verhandlungen vor dem Lohnamt den Kollegen Graupner als Vertreter delegiert. Die Gewerkschaften, Leipzig, und Richter, Dresden, verlangten, daß Graupner nicht an den Verhandlungen teilnehmen darf. Das Lohnamt entschied, daß Graupner als Gast den Verhandlungen beizuwohnen könne. Das war aber den Verbandsbureaucraten immer noch zu gefährlich und sie forderten weiter, daß dann Graupner nicht sprechen dürfe. Um die Unterstützung der Unternehmern für diesen Antrag zu bekommen, erklärte Richter: „Kommunisten hätten hier nichts zu suchen, denn für die Chemnitzer kommt der Tarif gar nicht in Frage, sie stehen nicht auf dem Boden des Tarifkampfes.“ In gemeinsamer Front mit den Unternehmern wurde dann dem Vertreter von 3000 Chemnitzer Bauarbeitern erklärt, daß er als Gast den Verhandlungen beizuwohnen darf, aber auf keinen Fall das Wort erhalten werde. Damit war es natürlich den Genossen Graupner unmöglich gemacht, seine Kollegen je zu vertreten, wie es notwendig ist. Er nahm daher an der Sitzung überhaupt nicht teil. Das Lohnamt konnte nun ganz unter sich tagen und über die Köpfe von zwei Tausenden im Kampf stehenden Bauarbeiter irgendeinen Beschluß fassen.

Wir wollen nun unsern Kollegen einmal zeigen, was an diesem bolschewistischen Geschickel Wahrheit ist. War ist, daß die Chemnitzer Bolschewisten, die in der Öffentlichkeit bei den Kämpfen gegen Tarifverträge agitieren und die Gewerkschaftsleitungen des Haß als Vertreter bezeichnen, weil sie mit den Unternehmern Tarifverträge abschließen, am 23. Juni verurteilten, an Tarifvertragsverhandlungen teilzunehmen und die gewerkschaftlichen Vertragskontrahenten zu werden. Selbigen Tag, daß unsere Kollegen Jakob und Richter verlangten, Graupner solle nicht an den Verhandlungen teilnehmen dürfen. Wahr ist vielmehr, daß Kollege Richter aus Dresden gefragt hat, ob es zulässig ist, daß auch Vertreter von Arbeitern an den Verhandlungen teilnehmen, die als Vertragskontrahenten nicht beteiligt sind. Die Bezeichnung „Kommunist“ ist dabei wieder von Richter noch von einem anderen Redner in der nachfolgenden Auseinandersetzung gebraucht worden. Nach Richter sprach ein Chemnitzer Vertreter für die Zulassung und nach diesem Graupner in sehr schwacher Weise. Die unparteiischen Herren haben dann über die Angelegenheit beraten und folgenden Entschluß gefaßt: „Der Chemnitzer Vertreter (Graupner) kann, wenn von seiner Seite Widerspruch erfolgt, an den Verhandlungen teilnehmen, und zwar als Gast, lediglich zur Information.“ Die Arbeitgebervertreter waren damit einverstanden. Die Unternehmern ließen jedoch durch Naad, Dresden, Einspruch erheben. Erst dadurch wurde Graupner veranlaßt, das Sitzungsfeld zu verlassen.

Wichtige Vorgänge haben sich in den verschiedensten Orten und im Laufe der Jahre vielfach zu Hunderten abgespielt. Der Unterschied zwischen diesen und dem Leipziger Fall besteht allerdings darin, daß in den früheren Fällen nicht Bolschewisten die Betroffenen waren. Gäßen in Leipzig die Bolschewisten darüber zu befinden gehabt, ob unsere Vertreter zu Vertragsverhandlungen zugelassen seien, so hätten sie sicher so gehandelt, wie sie uns heute lügenhafterweise nachsagen.

Die Chemnitzer Bolschewisten scheinen nun überhaupt die Auffassung zu haben, daß ihre Parteigrundsätze dazu da sind, um ständig durchgedrungen zu werden. Wir haben in Nr. 21 des „Grundstein“ eine Mitteilung über „Bolschewistischen Streikloshinn“ gebracht, in dem wir zum Schluß auch mitteilten, daß im Baugewerbe einer deutschen Stadt die Bolschewisten, entgegen ihren Grundfätzen, den partiellen Streik wollten, während die bei uns organisierten Kollegen für den allgemeinen Streik eintraten. Der Chemnitzer „Bauarbeiter“ hat nun glücklicherweise herausgefunden, daß mit dieser Stadt nur Chemnitz gemeint sein könne. Nun, dazu gehört nicht viel Scharfsinn, denn: Wenn der Streik paßt, der zieht ihn sich an. Das Bolschewistenblatt irt aber, wenn es glaubt, wir hätten aus Freiheit den Ort nicht genannt. Nein, das geschähe vielmehr aus Verantwortlichkeitsgefühl, das uns veranlaßt, auch bolschewistische Dummheiten und Schleichschleicherei nicht in die Öffentlichkeit zu bringen, wenn das Ansehen der gesamten Arbeiterchaft dadurch gefährdet wird. Wir können nur das mitteilen, was uns berichtet wird. Und in diesem Falle wurde uns berichtet, daß die Bolschewisten in Chemnitz ihren Kampf in erster Linie gegen die Parteigenossen richten wollten, wie auch schon früher. Daß sie also nicht die privaten Großkapitalisten, sondern die Ar-

beiter, Unterbeamten usw., die sich genossenschaftlich zusammengefasst haben, um den Wohnungs- und Bodenmangel zu bekämpfen, als ihren hauptsächlichsten Feind betrachten. Wenn diese Mittelungen von „A bis Z“ erfolgen ist, wie der „Bauerbeiter“ schreibt, so haben diese Lügen seine eigenen Anhänger zu verantworten, denn aus deren Munde ist sie gekommen.

Dann noch etwas. In der gleichen Nr. 11 teilt der „Bauerbeiter“ mit, daß er in seiner Nr. 6 dem Verbandsvorstand einige Fragen gestellt habe, die dieser beantworten sollte. Wir kennen diese Fragen nicht, und vielleicht kennt sie auch der Verbandsvorstand nicht. Wir wollen aber an dieser Stelle dem „Bauerbeiter“ einfach und auch allen andern „Bauerbeitern“ erklären, daß es für den Verbandsvorstand und für den „Grundstein“ einfach unmöglich ist, auf alle Lügen, Entstellungen und Verdrehungen, die in einigen Tugend-Volkszeitschriften über uns verbreitet werden, einzugehen. Monatlang verging kein Tag, an dem nicht die volkszeitschriftlichen Tageszeitungen irgendeine verlogene Behauptung über die „Bauerbeiter“ brachten. So geht jetzt wieder eine Notiz durch die Wälder, in der behauptet wird, daß die „Bauerbeiter“ Unternehmer die Löhner der Volkszeitschriften ausperlen, während unsere Mitglieder Streikbruch verüben. Dafür werden unsere Kollegen als „Gelbe“ bezeichnet. Gleichzeitig aber prahlen die „Bauerbeiter“ in der „Noten-Fahne“, damit, daß ihnen die vorigen Unternehmer wegen des Streikfalles bei den Verhandlungen in Leipzig ihr Bedauern ausgedrückt haben. Die Wahrheit ist auch in diesem Falle auf den Kopf gestellt. Die Sache liegt einfach so, daß die „Bauerbeiter“ den in Leipzig gefällten Spruch annehmen. Die „Bauerbeiter“ konnten das nicht, weil sie ja nicht Vertragspartner sind. Und wenn sie nun von „gegenseitiger Unterstützung der „Bauerbeiter“ und der Unternehmer“ schwätzen, so erinnert dies Verbalten allzu sehr an den Fuchs, dem die Trauben zu teuer waren.

In den letzten Tagen erhielten wir aus 12 verschiedenen Orten volkszeitschriftliche Zeitungen zugehelt, die einen Artikel enthalten, der mit folgenden Worten beginnt: „Von einem „Bauerbeiter“ wird uns geschrieben: „Dieser Artikel bezieht sich mit unserer Urabstimmung. Nun, der „Bauerbeiter“, der den Artikel schrieb, hat allerdings keine Gelegenheit, die „Bauerbeiter“ einen höheren Vertrag zu bekräftigen oder zu verweigern, denn er ist nicht Verbandsmitglied. Er arbeitet auch nicht am Bau, sondern für russischen Auftrag und nach Moskau. Der Artikel ist nach diesem Artikel darum, die Urabstimmung zu einer Parteifrage, zu einer Machtprobe zu ziehen. Aber also gegen die Beitragserschöpfung stimmt, den werden sie für ihren Parteianhänger halten. — Von Augsburg wird uns mitgeteilt, daß in der dortigen Mitglieder-Versammlung ein Jünger Lenins die Lüge aufstieß, der Verbandsvorstand habe zur Bekämpfung des Aufstandes in Mitteldeutschland 5 Millionen Mark hergegeben. Das soll die kommunistische Gewerkschaftszeitung mitgeteilt haben. Schon möglich. Wir brauchen nicht erst berichten, daß diese Behauptung erlogen ist. Wenn Moskau befehlt, muß es eben erlogen werden. Aber diese Moskauer Lüge wird schlecht ausgeführt. Zwar fehlt es nicht an gutem Willen, aber wohl an der notwendigen Geschicklichkeit zum erfolgreichen Lügen. So kommt es denn, daß nach wenigen Tagen oder Wochen die Lüge offenbar wird. Den Schaden von dieser Art Propaganda haben nicht wir, sondern jene, die die Lüge zum Prinzip erhoben.

Das gelobte Land.

Mord und Mordhandlung, Hunger und tausendfältige Entbehrungen, stets überfüllte Gefängnisse, ein Spionagesystem, unter dessen Zwang niemand die Freiheit hat, seine Meinung zu sagen, das ist das wahre Gesicht der kommunistischen Herrschaft in Russland. Dieses schändliche Treiben entwürdet die Städte und läßt die Industrie; es wird verborgen in den düsternen Wäldern der Wälder; es an die ausländischen Wälder, aus denen sich Plagen von Beschimpfungen auf die Sozialdemokratie und die Anhänger der unabhängigen Gewerkschaften erziehen, als wären sie der Vorwand der Bourgeoisie und Bestürmer des weißen Schreckens. Diese Drogenwelt entlarvt ein Aufbruch der russischen Sozialrevolutionäre, der alle sozialistischen Parteien und alle Gewerkschaften zu gemeinsamem Protest gegen den roten Terror vereinigen soll. Wir entnehmen ihm folgende Tatsachen:

Die Führer der kommunistischen Partei versprechen hierher, die Unterdrückung der Sozialisten zu mildern oder von ihr Abstand zu nehmen, sobald der Friede gesichert sei. Wir wußten, daß das nur eine Heuchelei war. Die letzten Ereignisse haben unsere Voraussicht bestätigt. Als die zweiten Volksmassen nach der Abwehr der Angriffe der inneren und äußeren Reaktion von der kommunistischen Partei eine radikale Wendung der inneren Politik forderten, hat die kommunistische Partei durch Anwendung aller Machtmittel des Staates sich bemüht, die Sozialdemokratie zu zerschlagen. Hunderte und Tausende Sozialisten und Anarchisten wurden in den Städten und Dörfern in Konzentrationen gebracht, nur weil sie Sozialisten und Anarchisten waren. Monatlang blieben sie inhaft, ohne daß man gegen sie irgendeine Anklage erhoben hätte. Überhördete Ausschreitungen wurden gegen die Gefangenen begangen; die Sozialisten waren blutigen Gewalttaten ausgesetzt.

In der Nacht vom 25. zum 26. April haben Abteilungen der außerordentlichen Kommission aus einem Moskauer Gefängnis Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten und Anarchisten herausgeholt, auf Frachtwagen verladen und von verschiedenen Bahnhöfen aus in die Gefängnisse nach Jaroslavl, Vladimir, Tsel usw. verschleppt. Die Sozialisten wollten von den Tschelischen den Grund ihres Verhaftes und das Ziel ihrer Bestimmung erfahren. Man antwortete ihnen mit rohen Beschimpfungen, Schlägen und ungläublichen Verulitäten. Diejenigen, die weigerten, sich anzukleiden, wurden mit Gewalt hinhangelnd auf den Hof geschleppt, darunter Frauen. Ihr Gewand wurde von den Gefängniswärtinnen geplündert. Viele Gefangene wurden blutig gefoltert; ein Mensch wurde mit einem Schädelbruch.

400 Sozialisten und Anarchisten, die unter der Zarenherrschaft Gefängnis, Deportation und Zwangsarbeit kennen gelernt hatten, sind mittellos in den zaristischen Zuchthäusern dem Hunger preisgegeben. Die Gewalttaten, die in den finsternen Tagen des Zarentums gegen Sozialisten begangen wurden, erreichen an Heftigkeit nicht diese Vorgänge, die sich in der Nacht vom 25. zum 26. April 1921 im Gefängnis in Wouthki in Moskau, der Hauptstadt der „sozialistischen“ Republik, der Residenz der „kommunistischen“ Internationale, abgepielt haben.

Dies ist das Land der Freiheit, dies ist das gelobte Land der „Revolutionäre“, die angeblich sozialistische Sowjetrepublik. Das ist die Gedankenfreiheit, die Freiheit der Rede, für die Tausende von Arbeitern ihr Leben hingegen haben. Sind die Agenten der russischen Sowjetrepublik um ein Haar besser als die Inquisitoren, die ehemals die katholische Kirche ausluden, um Zagd nach Rehern zu machen?

Baufostenzuschüsse aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge.

Nach einer stark verbreiteten Auffassung sind die Baufostenzuschüsse aus der produktiven Erwerbslosenfürsorge an die Bedingung geknüpft, daß die in Frage kommenden Bauten am 1. Oktober dieses Jahres bezugsbar sein müssen. Diese Auffassung hält zum Teil Bauarbeiter, die zurzeit in anderen Berufen arbeiten, ab, zur Bauarbeit zurückzukehren, aus der Befürchtung, daß ihnen im Baugewerbe angebotene Arbeit nur bis zum Oktober dauern würde. Andererseits ziehen angeblich Unternehmungen, die mit der Erschließung von bezugsfähigen Wohngebäuden beschäftigt sind, um sich die an den frühen Termin gebundenen Zuschüsse nicht entgehen zu lassen, sogar ausländische Arbeiter heran. In einer Zuschrift an den RWB macht das Reichsamt für Arbeitsvermittlung aufmerksam, daß die gegungen Befürchtungen irrig sind. Die Baufostenzuschüsse werden auch über den 1. Oktober dieses Jahres hinaus gewährt, zurzeit teilweise bereits bis zum 1. April 1922.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauarbeiterverbande.

Feststellungsergebnis vom 4. Juli.

Das vorliegende Ergebnis ist leider noch immer nicht vollständig, weil der Verein stattdessen seiner Bezirksleitung nicht berichtet hat. Die Arbeitslosigkeit ist weiter zurückgegangen. Nur 4 Bezirke haben eine kleine Zunahme. Im Bezirk Königsberg kommen auf 100 Mitglieder 3,0 Arbeitslose, in der Vorwoche 2,0. Hamburg zeigt die Ziffer 2,4, am vorigen Jahrtage 1,4. Breslau weist eine noch geringere Zunahme auf; sie liegt von 2,7 auf 2,9. Westfalen ist es im Bezirk Magdeburg; dort ist eine Zunahme von 0,3 auf 0,6 festgestellt worden. Dänzig hat noch immer über 10 % arbeitslose Mitglieder, doch ist auch in dieser Woche ein kleiner Rückgang zu verzeichnen. Von der Gesamtmitgliedschaft sind 3,02 % arbeitslos, am letzten Jahrtage 3,08. — Das Hundertverhältnis der unterstehenden Arbeitslosen zur Mitgliederzahl beträgt 0,87, in der Vorwoche 0,90.

Bezirk	Habt der Verein	In den bezirksleitenden Vereinen	In den berichtenden Vereinen waren am Feststellungstage arbeitslos
	insgesamt	haben keinen arbeitslosen	
Königsberg	16	16	16928
Danien	1	1	2825
Stettin	87	87	12258
Breslau	52	52	26623
Berlin	73	73	46427
Magdeburg	55	55	28759
Frankfurt	49	49	17037
Köln	17	17	33781
Dortmund	15	15	35581
Darmstadt	15	15	32444
Hannover	49	49	22178
Bremen	30	30	12986
Hamburg	77	77	24872
Moskau	59	59	6623
Dresden	15	15	22008
Leipzig	62	62	34071
München	21	21	21749
Wien	31	31	27818
Stuttgart	17	17	17045
Karlsruhe	16	16	26264
Zusammen	757	757	468377

Arbeitsmarkt.

In Durlach bei Karlsruhe in Baden will die Firma A. u. M. a. r. o. w. e. r. l. Huber & Co. G. m. b. H. sofort einige tüchtige Einleger und Schleißer für Studenacmor auf Werkstoff- und Bauarbeit einstellen. Die gleiche Firma will auch einen Marmoristen für Kunstmarmer (Einleger und Schleißer), der selbständig arbeiten kann, gegen hohen Lohn und Anteil am Geschäftsgewinn einstellen. In beiden Fällen sind Angebote mit Angabe des geforderten Lohnes an obengenannte Adresse zu richten.

In Schneidemühl stellt die Firma Adolf Sommerfeld, Preuerstraße, Maurer ein.

Die Firma A. Sievers & Co. in Wienburg stellt Maurer ein auf ihren Baustellen in Wienburg (Stundenlohn 5,20 M), Baffersleben, Aris Halberstadt (Stundenlohn 0,4 M), Mathildenhütte bei Bad Dargunz (Stundenlohn 5,10 M und 7,50 M Auszahlung täglich).

Berichte.

Bezirk Hannover. Ueber die ergebnislosen Verhandlungen vor dem Bezirkslohnrat Hannover haben wir berichtet und wollen heute nachtragen, daß der unparteiliche Vorsitzende unsern Entschluß nachgekommen ist und sein Amt niedergelegt hat. Nach den ergebnislosen Verhandlungen vor dem Bezirkslohnrat haben dann unsere Kollegen in den verschiedenen Orten örtliche Verhandlungen verlangt und diese auch zu teilweise Erfolgen geführt. Man einigte sich in Detmold für das Älpler Land auf eine Zulage von 50 %, die in 2 Raten von 30 und 20 % gezahlt wird. In Herford hat man sich auf 40 % Zulage, und zwar auf 30 und 10 %, geeinigt. In Minden ebenfalls auf 50 %, 30 und 20 %, und in Bielefeld hat der Schlichtungsausschuß (von den Unternehmern angerechnet) den Maurern 60 % und den Hilfsarbeitern 50 % Zulage zugestanden. Die Unternehmer weigern sich deshalb den Schlichtungsausschuß an, weil die Bielefelder Kollegen verweigern, durch Zeissfreis zu ihrem Ziele zu gelangen. Im Braunschweiger Lande kämpfen die Kollegen in Schöningen schon seit längerer Zeit um mehr Lohn und in Braunschweig selbst kam es zu 2 Bausperren. Auf Grund dieser Sachlage wurde in Braunschweig ein Lohnamt gebildet, das im Dezember schon die Lohnfrage für das ganze Gebiet erledigt hatte. Nach längeren Verhandlungen wurde eine Lohnzulage von 40 bis 55 % für die einzelnen Tätigkeitsbereiche vorgeschlagen und von beiden Parteien anerkannt. Im Gebiet des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes errichteten die Kollegen durch Sonderverhandlungen in Goslar eine Zulage von 70 %, die die Unternehmer zahlen mußten, wenn die Arbeiterkräfte gehalten wollten, da diese sonst in die nächste Umgegend gingen, wo 5,70 M gezahlt wurden. In Walrode erreichten die Kollegen durch örtliche Verhandlungen eine Zulage von 32 %. Um aus diesem Durcheinander die Spitze abzubreaken, hielt der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband schnell eine Generalversammlung ab und beauftragte seinen Vorsitzenden, eine Lohnzulage für alle Gebiete bis zu 5 % auszurechnen und der Arbeitnehmerkraft anzubieten. Dieses Angebot wurde den 4 Bezirksleitern in einer persönlichen Zusammenkunft überreicht, jedoch mit der Einschränkung, daß die jüngeren Arbeitnehmer (die Altersgrenze sollte noch festgelegt werden) von der Zulage ausgeschlossen sein sollten, und außerdem sollte sie nur eintreten, wenn die im Bezirk bestehenden Streiks (es streikten die Kollegen in Peine und Soita) aufgehoben würden. In einer zweiten Aussprache mit dem Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes erklärten die Bezirksleiter, daß die Ziffer 3 des Angebotes, wonach die jüngeren Arbeiter von der Zulage ausgeschlossen sein sollten, für uns unannehmbar sei und auf Grund dessen der Arbeitgeberverband sie zurückziehen müsse. Eine zugehörige Antwort erhielten wir nicht, jedoch konnten wir annehmen, daß dieses Verlangen bei den Unternehmern nicht der Stein des Anstoßes sein würde. In einer von uns einberufenen kleinen Konferenz der in Betracht kommenden Vereine im Bereiche des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes wurde nach eingehender Aussprache dem Lohnangebot zugestimmt und damit für den ganzen Bezirk bis zum 1. September die Lohnfrage wieder einmal erledigt. Die Lohnzulagen sind nicht hoch ausgefallen, sie betragen für 2 Lohngebiete 17 %, für ein 18 %, für drei 19 %, für dreizehn 20 %, für fünf 21 %, für vier 22 %, für ein 23 %, für zwei 24 %, für fünf 25 %, für ein 27 %, für ein 29 %, für ein 31 % und für Hannover als Großstadt 35 % die Stunde. Mit diesen verschiedenen Zulagen hat man den Stundenlohn auf 6 oder volle 10 abgerundet.

Bei der Verhandlung wurde auch der Versuch unternommen, die Spannung der Löhne zwischen den Maurern und Hilfsarbeitern zu vergrößern. Es hätten die Maurer 5 % mehr erhalten können, wenn wir hätten das Verlangen ausgeübt hätten. Wir lehnten dies ab und so bleibt auch für die Folgezeit die Spannung zwischen dem Lohn der Maurer und ungelerten Arbeiter 10 %. Gern hat wohl der Arbeitgeberverband diese Aktion nicht unternommen. Es war sicher nur ein Gehot der Klugheit auf Unternehmenseite, um Bewegung wie in Goslar, Walrode und Goslar (Land) nicht weiter um sich greifen zu lassen und die Einheit ihrer Organisation zu erhalten.

Der Schlußakt des Ganzen, die Unterzeichnung, artete leider zu einer wüsten Aktion aus, weil der Arbeitgeberverband beziehungsweise sein Vorsitzender, Herr Wehrens, glaubte, in den Vereinbarungen nun noch allerdings Fußangeln anbringen zu können, die geeignet gewesen wären, alles wieder über den Haufen zu werfen. Die Bezirksleiter lehnten jedoch ab, etwas zu unterschreiben, worüber die Parteien gar nicht gesprochen beziehungsweise verhandelt hatten. So mußte denn Herr Wehrens sein herrliches Schriftstück nebst Fußangeln in den Papierkorb wandern lassen und sich mit dem begnügen, was zwischen beiden Teilen besprochen worden war.

Die angebotenen und von der Bauarbeiterkraft angenommenen Zulagen sind im Bereich des Nordwestdeutschen Arbeitgeberverbandes recht mager ausgefallen. Wenn wir zustimmen, so nur deshalb, weil für alle Lohngebiete Angebote gemacht waren. Soll für die Zukunft das nachgeholt werden, was wir bisher nicht erreichen konnten, so müssen unsere Mitglieder ihre Vereine so gut ausbauen, daß wir zu jeder Zeit instand sind, anzugreifen oder abzuweichen zu können.

Gettorf. Am 8. Juli haben wir in unserer Mitglieder-Versammlung über die vorgelegte Beitragserschöpfung beraten. Einige der Kollegen konnten zurzeit nicht recht begreifen, warum wir jetzt den Beitrag erhöhen sollten. In der Aussprache wurde ihnen nun von mehreren Rednern am Hand der letzten Quartalsabrechnung diese Zweckmäßigkeit auseinandergelegt, worauf die Versammlung einstimmig die Beitragserschöpfung aufhob. Es wurde auch die Frage aufgeworfen: Wie bauen wir die großen Ausgaben des Verbandes ab? Die Versammlung erlaubte aber, das es, solange wir das jetzige Wirtschaftssystem haben, ohne diese Ausgaben nicht geht. Nachdem dann noch die Wohnung an alle Kollegen ergangen war, kopier für den Verband zu agieren, wurde die Kommission für die am 21. Juli in unsern Verein stattfindende Urabstimmung gewählt.

